

Südkorea zündelt, in Japan brennt es

Vor zwei Jahren haben Südkorea und Japan einen jahrzehntealten Streit über die Entschädigung von Sexsklavinnen beigelegt. Doch Südkoreas neuer Präsident sagt, dass der Vertrag nicht genüge. In Tokio ist man verstimmt – aber nicht nur deswegen. Seouls Annäherung an Nordkorea passt Shinzo Abe gar nicht.

Patrick Welter, Tokio 13.1.2018, 05:30 Uhr

Nach den Gesprächen zwischen Nord- und Südkorea am Dienstag informierte Südkoreas Präsident Moon Jae In den amerikanischen Präsidenten Donald Trump und den chinesischen Präsidenten Xi Jinping telefonisch über den Dialog. Einen engen Nachbar rief Moon aber nicht an: die japanische Regierung. Das der Zukunft zugewandte Verhältnis der beiden Länder, von dem Moon und Japans Ministerpräsident Shinzo Abe noch im vergangenen Jahr sprachen, hat in den vergangenen Wochen deutlich gelitten. Das liegt nicht nur daran, dass Japan gegenüber Nordkorea einen härteren Kurs verfolgen möchte als Südkorea. Das liegt auch daran, dass der nur oberflächlich beigelegte Streit über die sogenannten Trostfrauen, die vom japanischen Militär während des Zweiten Weltkriegs zu Sexdiensten gezwungen wurden, wieder voll entflammt ist. Japanische Medien berichten, der verärgerte Abe wolle die Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Südkorea im Februar boykottieren. Nach Auskunft der Regierung in Tokio ist noch nichts entschieden.

Inakzeptables Vorgehen

Die vorsichtige Annäherung Seouls an Pjongjang, die vor allem in Hinblick auf eine Teilnahme des Nordens an den Winterspielen in Pyeongchang geschieht, entfremdet die Regierung in Seoul von der Regierung in Tokio. Südkorea komme dem Norden mit den Gesprächen zu weit entgegen, erklärte ein hochrangiges Mitglied der japanischen Regierung am Tag nach den innerkoreanischen Gesprächen vor Journalisten.

Tokio bezweifelt den Nutzen eines Dialogs mit dem Regime, solange der Herrscher Kim Jong Un nicht überprüfbare und endgültige Schritte zum Verzicht auf sein atomares Rüstungsprogramm eingeleitet hat. Zu oft hätten Gespräche mit Nordkorea dem Regime nur Zeit gebracht, während es seine Zusagen nicht eingehalten habe. Darin gründen Tokios Beharren auf maximalem Druck und das Misstrauen gegenüber der Doppelstrategie Moons, Kim mit Gespräch und Druck letztlich zu einer Denuklearisierung der Halbinsel zu bewegen.

Widerwillige Jubilare

Patrick Zoll, Nagasaki / 23.6.2015, 09:00



Ausgesprochen scharf reagierte Abe am Freitag auf Forderungen des Südkoreaners Moon, um den Streit um den angemessenen Umgang mit den sogenannten Trostfrauen beizulegen. Es sei völlig inakzeptabel, sagt Abe, dass Südkorea von Japan weitere Schritte fordere. Moon hatte unter anderem eine aufrichtige Entschuldigung Japans bei den noch lebenden Koreanerinnen verlangt, die während des Zweiten Weltkriegs vom japanischen Militär zu Sexdiensten gezwungen wurden.

Eigentlich wollten Südkorea und Japan mit der Einigung im Dezember 2015 den Streit ein für alle Mal aus der Welt schaffen. Japan zahlte damals 1 Milliarde Yen (8,8 Millionen Euro) in eine neue Entschädigungsstiftung. Südkorea verpflichtete sich, ein Mahnmal für die Opfer vor der japanischen Botschaft in Seoul zu beseitigen. Allerdings steht besagtes Mahnmal noch – und neue wurden aufgestellt. Südkoreas Bevölkerung hat das Abkommen nie richtig akzeptiert.

Kein japanisches Geld für die Opfer

Nach monatelanger Prüfung hatte Moons Regierung den von der Vorgängerregierung geschlossenen Vertrag jetzt für ungenügend erklärt, weil die Interessen der überlebenden Opfer nicht hinreichend berücksichtigt worden seien. In einem Bruch mit Wahlversprechen will Moon den internationalen Vertrag aber nicht aufgeben oder neu verhandeln. Das ist die formale Position. Faktisch indes untergräbt Südkorea das Abkommen.

Die Moon-Regierung will Japans Finanzbeitrag in die Stiftung durch koreanisches Geld ersetzen, damit die Opfer und ihre Hinterbliebenen nicht japanisches Geld annehmen müssen. Was mit der Milliarde Yen geschehen solle, die Japan schon überwiesen hat, sei in Diskussionen zwischen den Regierungen zu klären. Abe forderte von Korea, dass das Land seine Verpflichtungen einhält. «Der Vertrag zwischen Japan und Südkorea war ein Versprechen zwischen Ländern», sagte Abe. «Es ist ein internationales und universelles Prinzip, es beizubehalten.»

Wenn sie doch nur fischen könnten

Seit mehr als hundert Jahren streiten sich Japan und Südkorea um die Liancourt-Felsen. Die Okiinseln sind nicht nur geografisch dem Konflikt am nächsten. Sie merken auch: Tokio hat andere Prioritäten.

Patrick Welter, Okinoshima / 13.10.2016, 12:00



Die asiatische Krankheit

Die Beziehungen zwischen Südkorea und Japan sind so schlecht, dass der amerikanische Präsident vermitteln muss. Sein Engagement ist nicht uneigennützig.

Nina Belz / 26.3.2014, 05:30

Wagen Sie den anderen Blick mit «NZZ Perspektive»

«NZZ Perspektive» ist das neue Deutschland-Abo der «Neuen Zürcher Zeitung». Lesen Sie ausgewählte Analysen und Recherchen zur globalen und deutschen Politik. [Testen Sie «NZZ Perspektive» 1 Monat für nur 1 Euro.](#)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.